DURCHBLICK

Nr. 194 – März 2016

Nachrichten für die Seniorinnen und Senioren im Land Bremen

Petition zum Runden Tisch „Hospiz- und Palliativversorgung“ (RTHP)

Erneut hat sich Mark Castens mit einer Petition an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) für die Hospiz- und Palliativversorgung im Land Bremen engagiert. Seit Jahren kämpft der Petent um eine angemessene Ausstattung der Region Unterweser mit Hospizen und palliativmedizinischen Einrichtungen. Diesmal geht es ihm jedoch nicht direkt um dieses Thema, sondern um eine Institution, die sich offiziell mit der Hospiz- und Palliativversorgung im Land Bremen und in dessen Umland beschäftigen soll.

Anfang des Jahres 2012 brachten die Fraktionen Bündnis90/Die Grünen, SPD und CDU einen Dringlichkeitsantrag zur palliativmedizinischen Versorgung in die Bürgerschaft ein. Darin wurde die Sicherstellung einer bedarfsgerechten Versorgung Bremens mit Palliativ- und Hospizplätzen gefordert. Die beiden senatorischen Geschäftsbereiche „Soziales“ und „Gesundheit“ wurden beauftragt, in Gesprächen mit den beteiligten Akteuren den Bedarf zu ermitteln und ein entsprechendes Konzept zu erarbeiten. Es wurde ein Runder Tisch Hospiz- und Palliativversorgung (RTHP) eingerichtet, der dann bereits im Juni 2012 zum ersten Male tagte (vgl. DURCHBLICK Nr.150, Juli 2012, S.7/8).

Mehrfach befasste sich der RTHP u.a. mit dem Modell eines palliativmedizinischen Liaisondienstes (PLD), der vom Klinikum Links der Weser von 2010 bis 2012 erprobt und auf der Sitzung des RTHP im Dezember 2013 mehrheitlich als Erfolg beurteilt wurde. Der PLD gilt als sehr hilfreiches und geeignetes Instrument palliativer Versorgung, das sowohl zu einer höheren Qualifikation und besseren Handlungs- und Empfehlungsfähigkeit des medizinischen Personals als auch zur Verbesserung der Situation sterbenskranker Patienten und ihrer Angehörigen beiträgt. Obgleich schon 2011 die damalige Gesundheitssenatorin die Bitte an die Krankenhäuser im Lande Bremen richtete, möglichst schnell zu überprüfen, „ob im Lichte der Evaluation des Modellprojekts eine Implementierung von Liaisondiensten“ möglich sei, geschah seitdem nichts weiter.

Darüber beschwerten sich schließlich die Vertreter/-innen der Betroffenen und Angehörigen sterbenskranker Menschen auf dem 9.RTHP im Juni 2015, nämlich Mark Castens und die Bremer Seniorenvertretung. Bedauerlicherweise hatten bereits nach dem 8.RTHP (November 2014) drei Mitglieder aus dem Kreis der beteiligten Palliativmediziner wegen des geringen Einflusses des RTHP auf die Verantwortlichen und wegen des Stillstands der Entwicklung palliativmedizinischer Dienste in Krankenhäusern mit Protest die Runde verlassen. Die Vertreter der Sozial- und Gesundheitsbehörde erklärten damals, der RTHP könne nicht auf die Senatspolitik einwirken, sondern diene nur dem Informationsaustausch seiner verschiedenen Akteure. Es hatte auch den Anschein, dass sich die Ressorts nicht nachdrücklich genug um die Ziele des RTHP kümmerten.

Diese Situation nahm Mark Castens zum Anlass für eine Petition, diesmal die Beteiligung am Gestaltungsverfahren betreffend und auf eine stärkere Einbindung der Mitglieder des RTHP in die Politik zielend. Im Wortlaut heisst es: „Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen, den Senat aufzufordern, die Teilnehmer des Runden-Tisches Hospiz- und Palliativversorgung im Land Bremen stärker an der Entwicklung in der ambulanten- und stationären Hospiz- und Palliativversorgung im Land Bremen zu beteiligen.“ Einmal jährlich sollen Problemfelder in Bezug auf das künftige Hospiz- und Palliativgesetz aufgegriffen und mit den von den Teilnehmern gewünschten Nachforderungen in einer mit allen abgestimmten Senatsmitteilung benannt werden.

Die öffentliche Sitzung des Petitionsausschusses dazu fand am 15.01.2016 im Börsenhof A, Haus der Bremischen Bürgerschaft, statt. In der Aussprache verdeutlichte Mark Castens, dass nur durch eine verbesserte Einbindung der Teilnehmer überhaupt Erkenntnisse für die Politik erlangt werden könnten und nur so der Koalitionsvertrag entsprechend umgesetzt und erfüllt werden könnte.Dem bisherigen Misserfolg müsse ein Ende gesetzt werden, es könne nicht sein, dass in den Behörden einstimmige Beschlüsse einfach in der Schublade liegen blieben und Versicherte am Lebensende in den Pflegeheimen, den Krankenhäusern und zu Hause alleingelassen würden. Rainer Buchholz (FDP) erklärte: „Bei der Wichtigkeit dieses Anliegens am Runden-Tisch bedarf es keiner Satzung und versteht sich von selbst, dass der Staatsrat hier seine Sichtweise ändern sollte, damit die Politik Erkenntnisse bei der Versorgung von schwerst- und sterbenskranken Menschen erlangt.“

Die Bremer Seniorenvertretung schließt sich den Forderungen von Mark Castens an. Der RTHP muss ernst genommen werden. Es ist ein trauriges Ergebnis, dass nach langjährigen Bemühungen immer noch keine Fortschritte bei der Realisierung solcher Dienste zum Wohle sterbenskranker Menschen zu erkennen sind, weil anscheinend Streitigkeiten in Kompetenz- und Finanzfragen einem Sterben in Würde und unter humanen Umständen im Wege stehen (vgl. S.7).

Gerd Feller

Aus der Senioren-Vertretung in der der Stadtgemeine Bremen

Delegiertenversammlung

Der Rücktritt von Rolf Prigge zwang die Bremer Seniorenvertretung (SV), schon am 2.Februar 2016 die 2. Delegiertenversammlung in der 12. Legislaturperiode zur Nachwahl des Vorsitzenden zusammenzurufen. Damit verbunden wurde die schon länger geforderte Aussprache über die Arbeitsweisen in der BSV.

Während der **Wahlen** waren 73 Delegierte anwesend. Für das Amt des Vorsitzenden wurden von der Versammlung zwei Kandidaten vorgeschlagen, Dirck Schmidtmann und Dr. Andreas Weichelt. Zum Vorsitzenden gewählt wurde mit 41 Stimmen **Dr. Andreas Weichelt**. Dirk Schmidtmann war und bleibt zusammen mit Karin Fricke Stellvertreter des Vorsitzenden. Da Dr. Weichelt vorher das Amt eines Beisitzers innehatte, musste nun eine weitere Nachwahl stattfinden. Vorgeschlagen wurden Irmgard Bornhorst, Bernd Gosau und Dietmar Stadler. **Dietmar Stadler** wurde mit 51 Stimmen als Beisitzer in den Vorstand gewählt.

Nach dem Wahlakt folgte die Aussprache über die **Arbeitsstrategien** der SV. Damit sollten auch die neuen Delegierten, die erst seit kurzer Zeit der SV angehören, auf ihre zukünftigen Tätigkeiten vorbereitet werden.

Der Vorstand hatte den Pressesprecher, Gerd Feller, gebeten, zur Einleitung kurz auf die Problemlage einzugehen. Er zeigte zuerst die in den Statuten genannten Aufgaben der BSV auf, weil sich aus ihnen bereits manche Vorgehensweisen ableiten lassen. Dann wurden die bei der Arbeit in der Vergangenheit aufgetretenen Schwächen an konkreten Beispielen skizziert und Möglichkeiten für eine größere Wirksamkeit der BSV vorgeschlagen. Dabei ergaben sich drei Bereiche, die schwerpunktsmäßig zu renovieren sind:

1. Die **faktische Wissenslage:** Sie sollte insgesamt in der SV verbessert werden, und zwar dadurch, dass sich die Delegierten bei ihrer Mitarbeit stärker nur auf wenige spezielle altersrelevante Anliegen/Themen konzentrieren, um dann auch bei Bedarf zeitnah als Experten dem Vorstand, den Arbeitskreisen oder dem Pressesprecher zur Seite stehen zu können. Delegierte sollten nicht zwei oder mehr Arbeitskreise wählen, sondern möglichst nur einen, z.B. bei Interesse den AK „Seniorenpolitik und Soziales“, und in diesem das spezielle, aber sehr komplexe Thema Rente. Dann verfolgt er die Entwicklungen, die zu diesem Thema laufen, und ist in der Lage, bei Behandlung des Themas in der BSV abgesicherte und umfangreiche Kenntnisse über anstehende politische oder gesellschaftliche Vorhaben und deren Vor- und Nachteile in die Diskussionen einzubringen. Es gibt genug altersrelevante Themen in den Bereichen Soziales, Wohnen und Leben im Alter, Gesundheit, Pflege etc., aus denen sich die 97 Delegierten ein spezielles Fachgebiet heraussuchen können. Sinnvoll wäre auch, bei Bedarf in den Arbeitskreisen spezielle temporäre Arbeitsgruppen einzurichten. Ziel muss sein, das im Kreis der Delegierten schlummernde unterschiedliche Potenzial für die sachbezogene Aufarbeitung seniorenpolitischer Themen zu nutzen.

2. Die **Verbesserung des Informationsflusses:** Die Delegierten kommen aus Parteien, Verbänden und über die Ortsämter in die SV. Sie setzen sich also an mehreren Stellen für die älteren Bremer ein. Der Vorstand der SV sollte über ihre Aktivitäten vor Ort informiert sein. Dazu muss aber der Informationsfluss von unten nach oben funktionieren, z.B., wenn sich in einem Ortsteil ein altersrelevantes Problem einstellt, zu dessen Lösung Unterstützung gebraucht wird, oder wenn ein Projekt in der Altenhilfe gegründet oder evaluiert wird. So wie der Vorstand auf den Delegiertenversammlungen oder über den DURCHBLICK die Delegierten über seine Arbeit informiert, sollten auch diese den Vorstand über das, was vor Ort geschieht, zeitnah informieren. Dann lassen sich auch die Signale an Politik, Verwaltung und in die Öffentlichkeit schneller und effektiver gestalten.

3. Die Verbesserung der **Reaktionsgeschwindigkeit:** In bestimmten Situationen muss die SV schnell reagieren. Dann wird es nötig, kurzfristige Einladungen zu Sitzungen des Vorstands, der Arbeitskreise oder auch der Arbeitsgruppen einzuberufen.

4. **Aktive Mitarbeit bei der Präsentation der SV in der Öffentlichkeit:** Damit wird sich ausführlicher der Arbeitskreis Öffentlichkeitsarbeit beschäftigen.

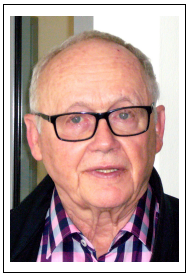
Mit dem Thema Arbeitsstrategien werden sich die Gremien der SV noch ausführlicher beschäftigen.

Zum Schluss wurde lebhaft darüber diskutiert, dass insbesondere bei älteren und behinderten Menschen das Gefühl zunimmt, sich nicht mehr sicher im öffentlichen Raum bewegen zu können. Die kriminellen Vorfälle in der jüngsten Vergangenheit und der Eindruck, Polizei und Justiz seien nicht mehr Herr der Lage, sind dafür verantwortlich. Das Thema wurde dann zur weiteren Behandlung an den Vorstand gegeben.

G.Feller

Aus dem Vorstand

1. In seiner Sitzung vom 3.2.16 hat der Vorstand dem neuen **Vorsitzenden**, Dr. Andreas Weichelt, und dem neuen **Beisitzer**, Dietmar Stadler, noch einmal herzlich zur Wahl gratuliert und ihnen eine erfolgreiche Arbeit gewünscht.



Dr.Andreas Weichelt

Dietmar Stadler

2. Gemäß dem Auftrag der Delegiertenversammlung behandelte der Vorstand das Thema **Zunehmende Unsicherheit im Öffentlichen Raum**. Er beschloss, mit folgender Presseerklärung dazu Stellung zu nehmen.

Auf der Delegiertenversammlung der Bremer Seniorenvertretung vom 2.2.2016 beklagten die Teilnehmer, dass die Unsicherheit und Ängste der älteren Menschen in Bremen zunehmen, und zwar sowohl in der Innenstadt als auch in den Wohnquartieren.

Dafür ist zum Teil die hohe Zahl der Fälle von Belästigungen und Rempeleien, von Betrugsversuchen und gelungenen Betrügereien an der Haustür oder am Telefon und von Raubdelikten verantwortlich, die auch sehr häufig ältere, oft auch noch behinderte Menschen betreffen. Hinzu kommt, dass die Berichte in den Medien über die Reaktionen von Polizei und Justiz leider den Eindruck vermitteln, dass man dem kriminellen Unwesen, z.B. durch jugendliche Banden im Bahnhofsbereich oder andernorts eher ziemlich ohnmächtig gegenübersteht, statt das Übel auf der Grundlage unserer Gesetze in den Griff zu bekommen. Der Ratschlag z.B., dass sich die Bürger durch angemessenes Verhalten selbst schützen sollen, indem sie den antanzenden, Beute suchenden Ganoven auf Abstand halten, kommt bei Seniorinnen/Senioren gar nicht gut an. Sie denken sofort an das ungleiche Kräfteverhältnis, an ihre gesundheitliche Gefährdung und an den Fakt, dass letztlich der Staat die Gewalthoheit hat und mit den Steuern der Bürger/-innen u.a. auch für deren Sicherheit sorgen müsste. Sie denken an die private Aufrüstung mit Pfefferspray, Elektroschocker und Bürgerwehr, was nicht im Sinne der Politik und der staatlichen Sicherheitsorgane sein kann.

Wenn sich trotz unserer angeblich ausreichenden Gesetze die Straftatenspirale und damit die Gefährdung der Menschen in unserer Stadt weiter entwickelt, wenn die Menschen verunsichert werden und sich in ihrer Stadt nicht mehr ohne Misstrauen und Ängste bewegen können, stimmt in unserem Rechtsstaat irgendetwas nicht.

Deshalb fordert die Bremer Seniorenvertretung vom Senat sowie von Polizei und Justiz, die rechtsstaatlichen Prinzipien Gleichheit aller vor dem Gesetz, die Verpflichtung der staatlichen Gewalt zum Schutz der Würde des Menschen, das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit und den Schutz des Eigentums derart durchzusetzen, dass die Bremer Bürger/-innen sich ohne kriminelle Gefährdungen in ihrer Stadt bewegen können. Wer sich kriminell betätigt, der sollte ohne Ansehen der Staatszugehörigkeit, des kulturellen Umfeldes und des sozialen Status schnell die Folgen spüren, damit sich gerade bei jugendlichen Tätern ein schneller, nachhaltiger Lernprozess einstellen kann. Die Politik hat die Pflicht, die zuständigen staatlichen Organe derart auszurüsten, dass sie ihre hoheitlichen Aufgaben erledigen können.

Die Bremer Seniorenvertretung fordert, dass die Polizei im öffentlichen Raum wieder deutlich sichtbarer wird, als das bisher der Fall war. Dazu gehört auch die Aufstockung des Personals, die in der Vergangenheit vernachlässigt wurde. In diesem Zusammenhang wird auch gefordert, freie Stellen der sogenannten COPS in den Ortsteilen schneller wieder neu zu besetzen und diese Teams zu erweitern.

Der Vorstand beschloss, außerdem zu diesem Thema ein **Gespräch mit dem Innensenator** und/oder mit dem **Polizeipräsidenten** zu führen.

3. Der Vorstand hat nach Rücksprache mit Herrn Siemer (SfSJFIS) der Delegiertenversammlung die **Aufstellung der Mittelanforderungen** und Abrechnungen für das Jahr 2015 schriftlich vorgelegt. Dazu gab es keine Fragen, Kommentare oder Beanstandungen. Der Vorsitzende hat noch einmal kurz die Modalitäten der Finanzierung der SV erläutert.

4. Aufgrund der letzten traurigen Vorfälle in Pflegeheimen hat der Vorstand beschlossen, einen **Runden Tisch** zum Problemfeld **Pflege und Wohnen im Alter** (RTPWA) zu gründen. Teilnehmer sollen möglichst viele der Organisationen sein, die sich der Anliegen von Bewohnerinnen/Bewohnern in Altenwohn- und Pflegeheimen sowie in unterstützenden Wohnformen annehmen. Ein Grundsatzpapier zu den Aufgaben und möglichen Mitgliedern liegt vor.

(Fortsetzung auf Seite 4)

(Fortsetzung von Seite 3)

Es soll in einem ersten Schritt von Vertretern der SV und der Initiative Heim-Mitwirkung ausgebaut und dann einem größeren Kreis betroffener Institutionen vorgestellt werden. Die SV hofft auf rege Mitarbeit. Voraussichtlich wird der RTPWA ab Mitte des Jahres seine Arbeit aufnehmen.

5. Am 10.02.16 fand in der Geschäftsstelle der SV ein Treffen mit der **Sozialsenatorin, Anja Stahmann,** statt. Der neue Vorstand hatte zum gegenseitigen Kennenlernen eingeladen, wobei auch einige dringliche Themen angesprochen wurden.

Dazu gehörte die Bitte, alles zu tun, um die Aufsuchende Altenarbeit-Hausbesuche in weiteren Stadtteilen Bremens auszubauen. Die Senatorin wies darauf hin, dass die Finanzmittel dafür bisher noch nicht wegen der Flüchtlingsprobleme gekürzt werden müssen.

Zur Entwicklung der Begegnungsstätten und Dienstleistungszentren ging der Vorsitzende der SV, Dr. Weichelt, kurz auf eine entsprechende Vorlage des AK „Seniorenpolitk und Soziales“ ein (vgl. S.4/5). Bestand und Bedarf vor Ort sollen aufgelistet werden. Ein Konzept für die Zukunft soll erstellt werden. Die Lücken, die in der Vergangenheit durch Schließung von Alteneinrichtungen entstanden sind, sollen laut Senatorin möglichst flächendeckend geschlossen werden. Eventuell sind Begegnungsstätten je nach Bedarf zu verlagern. Die SV fordert zusätzliche Begegnungsstätten in sozial schwächeren Stadtteilen. Für alle Alteneinrichtungen soll ein einheitliches Logo geschaffen werden, damit deutlich wird, dass auch Altentreffs unter kirchlicher Obhut von allen interessierten älteren Menschen besucht werden können.

Außerdem wurde noch einmal die Schulung der Heimbeiräte angesprochen. Die SV wünscht hier eine Intensivierung.

Die Senatorin wurde auch über die Planung des RTPWA informiert. **G.Feller**

Aus den Stadtteilen

VAHR

Geburtstagsfeier der *Vahrer Löwen*

Aus Anlaß des 2.Geburtstages des Seniorentreffs *Vahrer Löwen* findet am **17.März 2016** eine Geburtstagsfeier mit bunter Angebotspalette im **Bürgerzentrum Vahr** von **15 bis 18 Uhr** statt. Dabei sollen die Arbeit und die Projekte auf Informations- und Aktionsständen vorgestellt werden. In einem Bühnenprogramm werden kurzweilige, praktische Beispiele der Angebote für Seniorinnen/Senioren gezeigt, die die Besucher zum Mitmachen anregen sollen. So wird vorgeführt, wie z.B. Gymnastikübungen, Gesang Tanz, Trommeln und Gehirnjogging dazu beitragen können, alte Menschen fit und aktiv zu halten. Es gibt viele Möglichkeiten für die Menschen in der zweiten Lebenshälfte, sich daran zu beteiligen. Es ist auch vorher möglich, sich mit seinen Beteiligungswünschen in eine Liste der Aktivitäten einzutragen. Bei Kaffee und Kuchen können sich Interessierte über die Aktivitäten der „Vahrer Löwen“ informieren.

Der Eintritt zu dieser Veranstaltung ist frei. Wer also teilnehmen möchte, sollte sich an die folgende Adresse wenden:
Vahrer Löwen, Verein für nachbarschaftliches Zusammenleben“, Vorsitzende Inka Kusen, Telefon: 959 13 48. **E. Benthien**

Schließung der Bremer Hallenbäder während der Sommerferien

Bereits 2015 haben die Bürger/-innen in der Vahr gegen die Schließung der Hallenbäder während der Sommerferien protestiert. Um dieses Verfahren der Bremer Bäder GmbH im laufenden Jahr und zukünftig abzuwenden, fordern die Vahrer Seniorinnen/Senioren den Vorstand des Unternehmens auf, von einer Schließung abzusehen. Den älteren Menschen in Bremen sollte nicht die Möglichkeit zur Wassergymnastik und zum Schwimmen im warmen Wasser verwehrt werden. Das gilt besonders für den Stadtteil Vahr, wo das Programm „Gemeinsam in Bewegung setzen“ des Bundesministeriums für Forschung zur Anwendung kommen soll. Eine mehrwöchige Schließung ist nicht nur, was dieses Projekt betrifft, sehr kontraproduktiv. Wir bitten die Seniorenvertretung, unsere Forderung zu unterstützen, die Hallenbäder in der Ferienzeit nicht zu schließen. **E. Benthien**

HUCHTING

Bürgerantrag zur Hygiene auf dem Wochenmarkt Huchting

Der Ortsbeirat Huchting hat entsprechend der Zahl der Seniorinnen und Senioren im Ortsteil 3 Delegierte in die Bremer Seniorenvertretung entsandt. Heinz-Dieter Ahlers ist einer von ihnen.

Am 15.10.15 hat er einen Bürgerantrag an das Ortsamt gerichtet, mit dem er auf mangelhafte Hygieneeinrichtungen auf dem Huchtinger Wochenmarkt hinweist. Zur Zeit seien keine Toiletten oder Waschgelegenheiten vorhanden, die heutigen

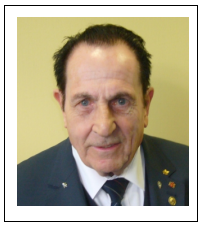
(Fortsetzung auf Seite 5)

(Fortsetzung von Seite 4)

Ansprüchen entsprechen. Diese Mängel bestünden seit 48 Jahren und würden immer wieder angesprochen. Es sei Zeit, dass man nun bei der Umgestaltung der Heinrich-Plett-Allee angemessene hygienische Einrichtungen im Bereich des Wochenmarktes einplane.

Die Seniorenvertretung hofft, dass beim Bau solcher Einrichtungen auch gleich an die Barrierefreiheit gedacht wird. **HD.Ahlers/G.Feller**

Bürgerantrag Runder Tisch *„Mach mit“*



Heinz-Dieter Ahlers

Am 25.11.2015 stellte Heinz-Dierer Ahlers einen Bürgerantrag. Der Ortsbeirat Huchting solle sich für die Gründung eines Runden Tisches „Mach mit“ einsetzen. Er solle aus Seniorenvertreterinnen/-vertretern der im Beirat vertretenen Parteien bestehen und sich die Koordination der Seniorenaktivitäten zum Ziel setzen. Auf diese Weise soll „ein möglichst breites Informations- und Erfahrungspektrum“ gewonnen werden, was dem Wohle der älteren Generation dient. Dieser Runde Tisch soll auch dazu beitragen, „die Solidarität zwischen der älteren und jüngeren Generation zu fördern, die Gesellschaft für berechtigte Bedürfnisse und Interessen der Älteren zu sensibilisieren“ und „die Politiker und die Gesellschaft zu überzeugen, dass Altenpolitik nicht heißt, Politik für, sondern mit der älteren Generation“. Außerdem fördere er die Mitwirkung und Mitsprache der Seniorinnen/Senioren in allen Belangen, die ältere Menschen betreffen.

Mit Schreiben vom 7.12.15 teilt der Ortsbeirat mit, dass er im Moment nicht die Notwendigkeit für einen solchen Runden Tisch sehe. Es bestehe zur Behandlung dieser Thematik bereits der Fachausschuss Gesellschaft/Soziales, dessen Sitzungen öffentlich sind. Die 3 Huchtiner Delegierten der Seniorenvertretung hätten auch die Gelegenheit, sich auf den Beiratssitzungen jeweils unter dem 1.Tagesordnungspunkt „Anfragen, Wünsche und Anregungen aus der Bevölkerung“ zu seniorenspezifischen Problemen zu äußern“. Mit der Sprecherin des Ausschusses Gesellschaft/Soziales könne abgesprochen werden, dass die 3 Delegierten in den Sitzungen bei Bedarf mit einem Tagesordnungspunkt über die Arbeit der Seniorenvertretung berichten. **HD.Ahlers/G.Feller**

Barrierefreiheit an Bus- und Bahnhaltestellen

Einen weiteren Bürgerantrag hat Heinz-Dieter Ahlers im Dezember 2015 an den Ortsbeirat Huchting gerichtet. Er fordert, dass „sämtliche Bordsteine an Bus-/Bahnhaltestellen auf das Niveau von mindestens 15 cm angeglichen wird“ und die Stellflächen otimiert werden. Damit soll für ältere Menschen, vor allem für solche, die auf Gehhilfen angewiesen sind, das Ein- und Aussteigen erleichtert werden. **HD.Ahlers/G.Feller**

Neustadt

Neustädter schauen hin, hören hin und sprechen es an.

Diese Initiative steckt noch in den Kinderschuhen, hat aber in 2016 Einiges vor. Sie hat sich gegründet aus dem Stadtteilarbeitskreis Neustadt. Dieser Arbeitskreis mit Vertretern sozialer Angebote der Bremer Neustadt will aktiv auf das Thema *Demenz* aufmerksam machen.

Die Mitglieder meinen: „Demenz ist ein Thema, was uns alle angeht!“ Sie wollen:

- durch mehr Verständnis füreinander die Lebensqualität im Stadtteil verbessern,
- Mitbürger/-innen im Stadtteil sensibilisieren, wie ein Miteinander aussehen kann,
- ihre Fachkompetrenz den Bürgern des Stadtteils zur Verfügung stellen.

Sie planen eine Auftaktveranstaltung in 2016, ein regelmäßiges Veranstaltungsprogramm und die Schulung von Demenz-Paten.

Ansprechpartnerin: Gabriele Kleine-Kuhlmann, Dienstleistungszentrum Huckelriede/Buntentor, Tel.: 0421 – 87 34 10 **A. Möller**

Aus den Arbeitskreisen

AK *Seniorenpolitik und Soziales*

Am 17.12.15 fand eine Arbeitsgruppensitzung statt. Es ging darum, über Vorlagen der Freien Hansestadt Bremen zu den Themen Gute Pflege als Grundlage für selbstbestimmtes Leben und Beratung, Begegnung und Dienstleistung im Alter zu beraten.

Nach ausgiebiger Debatte erging folgender Beschlussvorschlag:

a) Alteneinrichtungen sollen möglichst auf Stadtteile mit großem Bevölkerungsanteil, großem Migrationsanteil und hohem Anteil an der Grundsicherung verteilt werden.

b) Für die Aufsuchende Altenarbeit-Hausbesuche werden weitere Standorte im Bremer Süden, Westen und Osten vorgeschlagen, z.B. in Huchting, Osterholz, Vahr und Vegesack.

c) Standorte der Dienstleistungszentren und Begegnungsstätten sind nicht veränderbar. Die SV erwartet keine Kürzungen.

d) Der Netzwerkgedanke für die 3 Institutionen ist bindend. Es erfolgt aber keine Anbindung der *Aufsuchenden Altenarbeit* an die DLZ´en, da sie

(Fortsetzung auf Seite 6)

(Fortsetzung von Seite 5)

andere Aufgaben und Finanzierungen haben.
e) Freiwillige Helfer/-innen in der Aufsuchenden Altenarbeit-Hausbesuche sollten eine Aufwandsentschädigung erhalten.

AK *Bauen, Wohnen und Verkehr*

Auf der AK-Sitzung vom 9.2.16 war der Landesbehindertenbeauftragte, Dr. Steinbrück, zu Gast und referierte über das Behindertengleichstellungsgesetz, in dem festgelegt ist, dass behinderte Menschen wie nichtbehinderte am öffentlichen Leben teilnehmen können sollen. Die Umsetzung dieser Maxime ist auch in Bremen noch nicht vollständig erfolgt. In der anschließenden Diskussion ging es um etliche Bremer Problempunkte. Dr. Steinbrück erwähnte, dass es sehr mühselig sei, Veränderungen im Sinne der Barrierefreiheit zu initiieren und umzusetzen. In diesem Zusammenhang wurde noch einmal an die vereinbarte Zusammenarbeit zwischen ihm und der Seniorenvertretung erinnert und gleich für einen akuten Fall beschlossen.

Auch der AK *Bauen, Wohnen und Verkehr* hat sich entschlossen, zu akuten Themen Arbeitsgruppen zu bilden. Außerdem sprach sich der AK dafür aus, seitens der Seniorenvertretung den Beschluss des Stadtteilbeirats Schwachhausen zu unterstützen, dass die BSAG den bisherigen regulären Verkehr der Straßenbahnlinie 8 wiederherstellt, der im Augenblick durch ungünstige Busrouten ersetzt ist.

Zur Diskussion gestellt

von Gerd Feller

Nichts Wesentliches gelernt!

Es vergeht kaum ein Tag, an dem wir nicht an die schrecklichen Ereignisse erinnert werden, die sich im Nahen Osten und an anderen Orten und manchmal leider auch ganz in unserer Nähe abspielen und die den teils katastrophalen Zustand unserer sogenannten globalen Zivilisation erkennen lassen. Kürzlich fiel mir dazu wieder ein Sonett von Andreas Gryphius aus dem Jahre 1636 ein.

Tränen des Vaterlandes

Wir sind doch nunmehr ganz, ja mehr denn ganz verheeret!
Der frechen Völker Schar, die rasende Posaun,
das vom Blut fette Schwert, die donnernde Kartaun
hat aller Schweiß und Fleiß und Vorrat aufgezehret.

Die Türme stehn in Glut, die Kirch ist umgekehret,
das Rathaus liegt im Graus, die Starken sind zerhaun,
die Jungfraun sind geschänd´t, und wo wir hin nur schaun,
ist Feuer, Pest und Tod, der Herz und Geist durchfahret.

Hier durch die Schanz und Stadt rinnt allzeit frisches Blut.
Dreimal sind nun sechs Jahr, als unser Ströme Flut
von soviel Leichen schwer, sich langsam fortgedrungen.

Doch schweig ich noch von dem, was ärger als der Tod,
was grimmer denn die Pest und Glut und Hungersnot,
dass auch der Seelenschatz so vielen abgezwungen.

Dieses Gedicht, 380 Jahre vor unserer Zeit geschrieben, hat nichts an Aktualität verloren. Es bezieht sich auf den 30jährigen Krieg, aber was heute im Nahen Osten geschieht, geht teilweise noch über dessen Grausamkeit dank technischer Entwicklung weit hinaus. Wir sollten auch nicht vergessen, dass zwischen uns und dem 17.Jh. ständig irgendwo Kriege geführt wurden, im 20.Jh. sogar unter noch brutaleren Umständen. Ihr Ablauf und ihre Folgen waren immer gleich: erst die Backen aufblähen, starke Reden halten, mit den Säbeln rasseln und sich derart gegenseitig provozieren, dass letztlich das Abschlachten nicht mehr zu vermeiden ist. Dann kommen die Leiden, das Sterben, die Zerstörung des Lebensraums, die Not und schließlich die Trauer, die Verzweiflung und meist, wenn auch zu spät, die Einsicht und bei den Verlierern die Reue. Bisher gelang in der Regel mit viel Glück ein Wiederaufbau. Irgendwann erfolgt dann die Wiederholung des Procedere.

Wenn man das Gedicht von Gryphius liest und an die gegenwärtigen Probleme denkt, die nicht nur durch Kriege, sondern zusätzlich auch durch die aktuelle ökologische Zerstörung unseres Planeten und damit auch der Menschheit verursacht werden, stellt sich die Fragen: „Haben wir Menschen eigentlich nichts gelernt? Können wir wirklich von Fortschritt reden?“

Wir haben uns inzwischen zu einer Informationsgesellschaft entwickelt, eignen uns jederzeit Wissen an und bekommen viel Nachhilfe, um uns und die Welt zu verstehen. Es gibt in vielen Lebensbereichen Entwicklungen, die wir durchaus als Fortschritt bezeichnen dürfen, weil wir etwas dazugelernt haben.

Aber haben wir das Wesentliche gelernt, nämlich mit aller Kraft unser Wissen, unseren Verstand und unsere Vernunft ausschließlich zum Wohle aller Menschen einzusetzen? Unsere und andere Regierungen halten trotz aller Erfahrungen immer noch Gewalt und Krieg für ein brauchbares Instrument der Politik, obgleich dieser Weg zu Leid, Verlust an Lebensqualität, Tod und eben auch, wie Gryphius andeutet, zur Aufgabe der Wertewelt führt.

Was heißt eigentlich lernen? Man lernt aufgrund des bisherigen Wissens, der erworbenen Fähigkeiten und der gewonnenen Erfahrungen. Voraussetzung, dass ein Lernprozess als abgeschlossen bezeichnet werden kann, ist die Umsetzung des Gelernten in neues Verhalten.

(Fortsetzung auf Seite 7)

(Fortsetzung von Seite 6)

Wir haben erst dann wirklich dazugelernt, wenn wir das Wissen und das, was wir verstanden haben, anwenden, wenn uns Verstand und Vernunft zu Einsichten führen, und unsere bisher unzureichenden oder menschenverachtenden Verhaltensweisen verändern.

Das geschieht zwar hier und da, aber was die Sicherung unseres Lebens und unseres Lebensraums angeht, nehmen diese Veränderungen leider meistens eine falsche Richtung, abgelenkt von negativen Affekten, z.B. von Machtgier, Bereicherungswünschen, Neid, Vorurteilen, Fehleinschätzungen, Leichtsinn und Egozentrik. Der Katalog der Affekte ließe sich erweitern.

Die Menschen sind geboren, um zu leben. Die Menschenrechte gewähren ihnen den Anspruch, dieses Leben lebenswert zu gestalten. Dafür sollte die Vernunft eingesetzt werden. Das politische Spiel, das augenblicklich zwischen den USA, Russland, der EU und den Staaten des Nahen Ostens läuft, kann ich nur als widerlich bezeichnen. Die Drahtzieher, die für ihre eigennützigen Zwecke wehrlose und unschuldige Menschen instrumentalisieren und für das Blutvergießen und die Verheerungen verantwortlich sind, haben jedenfalls nichts dazugelernt.

Trotzdem sollte die Hoffnung nicht aufgegeben werden, dass es denjenigen, die gelernt haben und konstruktiv eingestellt sind, endlich gelingt, der Vernunft zum Durchbruch zu verhelfen und der Barbarei im Nahen Osten ein Ende zu bereiten. In diesem Sinne sollten sich auch die Seniorinnen/Senioren aufgrund ihrer eigenen leidvollen Erfahrungen mit Gewalt und Krieg zu Wort melden.

Nichts wirklich Neues vom Runden Tisch Hospiz- und Palliativversorgung

Die Pause vom 11.6.15 bis zum 8.2.16 war viel zu lang für ein Thema dieser Relevanz. Das lag - so die Erklärung aus dem Ressort der Gesundheitssenatorin - am Thema Flüchtlinge. Zwischenzeitlich trat am 8.12.15 das vom Bundestag mit großer Mehrheit beschlossene Gesetz zur Verbesserung der Hospiz- und Palliativversorgung in Kraft.

In Bremen wurde seit 2012 über die Einrichtung eines vom Klinikum Links der Weser erfolgreich erprobten palliativmedizinischen Liaisondienstes an allen Bremer Krankenhäusern diskutiert. Damals gab es noch einen Gesundheitssenator, der sich für diese Liaisondienste eingesetzt hat, aber letztlich wohl im Aufsichtsrat der GENO nichts für deren Einrichtung tun konnte. Das führte dazu, dass im November 2014 drei medizinische Experten den Runden Tisch verlassen haben. Nach dem neuen Gesetz gehören jetzt die palliativmedizinischen Dienste offiziell als Teil zu jedem Krankenhaus. Aber statt sie umzusetzen, fordern die Fachgesellschaften für jedes Krankenhaus einen Palliativ-Beauftragten. Allerdings bleibt bisher die Frage nach der Kompetenz eines solchen Beauftragten offen, und ebenso bleibt unklar, warum man auf Fachgesellschaften hört, die die Situation in Bremen nicht kennen, statt sich an die Fachleute zu wenden, die ein solches Projekt bereits erfolgreich durchgespielt haben. Im KLdW bestehen konkrete und wissenschaftlich begleitete Erfahrungen mit dem Liaisondienst, der auf allen Stationen eine ganzheitliche Versorgung der betroffenen sterbenskranken Menschen und ihrer Angehörigen garantieren könnte.

Erfeulich ist, dass wenigstens die Spezialisierte Ambulante Palliativversorgung (SAPV) in Bremen so gut funktioniert und angenommen wird, dass beim DIAKO ein zweites Team die Arbeit aufnehmen kann. Damit wird zwar immer noch nicht der Bedarf gedeckt, aber zu einer Entlastung des SAPV-Teams am KLdW beigetragen.

Im Zusammenhang mit dem neuen Gesetz wurde erklärt, der finanzielle Aufschlag habe bisher keine positiven Auswirkungen erzielt. Man warte jetzt auf die Ausführungsbestimmungen für Ärzte. Was die Hospizversorgung angehe, so soll wohl in Kürze in Bremerhaven endlich nach 20jähriger Anstrengung ein stationäres Hospiz gegründet werden, nachdem die Finanzierung geklärt ist.

Ein Problem zeichnet sich in den Pflegeheimen ab. Die Zahl Schwerstpflegebedürftiger nimmt stetig zu. Palliativpatienten werden dann auch auf Stationen für Verhinderungs- und Kurzzeitpflege versorgt werden. Das bedeutet, dass ebenfalls in den Heimen zunehmend palliativmedizinische Dienste gebraucht werden. Damit dürfte aber das Pflegepersonal überfordert sein. Die Betreuung dieser Palliativpatienten muss jedoch darauf abzielen, dass die notwendigen Voraussetzungen für ein Sterben in Würde gesichert werden. Durch die Zunahme von Palliativpatienten wird das eigentliche Ziel der Kurzzeit- und Verhinderungspflege verschoben, wenn die Betroffenen dort versterben. Daten dazu liegen noch nicht vor. Sie wären aber interessant für die stationäre Hospiz- und Palliativversorgung, deren Ausbau sich bislang nur an den Faustformeln der Verbänden, statt an wissenschaftlichen Erkenntnissen orientiert. Seitens der Bremer Heimstiftung besteht für alle Einrichtungen der Wunsch nach Vernetzung und Ausbau der SAPV. Allerdings müssten auch die allgemeine ärztliche Versorgung und, besonders wegen der ansteigenden Zahl der Einsätze, der ärztliche Notfalldienst gefördert werden. **E.Scharff/G.Feller**

Stadtteilplan Hemelingen für ältere Menschen

Den eigenen Stadtteil noch einmal neu entdecken. Das können nun die Seniorinnen und Senioren in Hemelingen. Zum Jahresbeginn ist ein eigens für sie entwickelter Stadtteilplan erschienen. Etliche der Hemelinger Seniorinnen und Senioren haben selbst daran mitgewirkt und ihre Wünsche, Ideen und Tipps eingebracht. Herausgeber sind die edition axent und das Projektteam Stadtteilplan für Ältere, Hemelingen. Der Beirat Hemelingen, der Verein Stadtteilmarketing Hemelingen, die Stadtteil-Stiftung Hemelingen und Wohnen in Nachbarschaften (WiN) Hemelingen haben das Projekt finanziell unterstützt. Der Hemelinger Plan ist bereits der siebte in der Reihe Bremer Stadtteilpläne für ältere Menschen.

Er markiert unter anderem die Standorte von Café-Treffs, Wochenmärkten, Postfilialen, Sportvereinen, Beratungsstellen, Apotheken und Seniorenwohnanlagen. Dabei zeigt sich auch das Besondere des Stadtteils aus Senioren-Sicht: ein Mix aus Naherholung und Bewegungsmöglichkeiten, aus kulturellen Angeboten und generationsübergreifenden Treffs. Und noch etwas macht der Stadtteilführer deutlich: Viele Einrichtungen in Hemelingen fühlen sich mit dem Stadtteil nachbarschaftlich verbunden und pflegen ein offenes Haus.

Hemelingen ist mit seinen fünf Ortsteilen Arbergen, Hastedt, Hemelingen, Mahndorf und Sebaldsbrück der flächenmäßig größte Bremer Stadtteil. Kein Wunder, dass viele Hemelinger Bürger/-innen entferntere Ortsteile nur wenig kennen. Redaktionsteam und Unterstützer wollen mit dem Stadtteilplan daher auch dazu beitragen, Hemelingen als Ganzes wahrzunehmen, und verstehen ihn im doppelten Sinne als quartiersübergreifenden Wegweiser.

Seit Ende 2011 sind in halbjährlichem Rhythmus Stadtteilpläne für Gröpelingen, Walle, die Vahr, Huchting, die Neustadt und Schwachhausen erschienen, ersterer bereits in zweiter Auflage. Initiator der Stadtteilpläne ist edition axent mit dem Projektteam Bremer Stadtteilpläne für ältere Menschen. Den Erfolg ihres Konzepts schreiben sie in erster Linie der Nutzerbeteiligung zu: „Gerade die Tipps und Ideen der Seniorinnen und Senioren machen den Stadtteilplan authentisch und alltagstauglich. Auch das Medium Stadtplan ist bewusst gewählt: Er illustriert anschaulich die Infrastruktur vor Ort und motiviert, diese aktiv für sich zu nutzen.“ Demnächst erscheint eine Ausgabe für Woltmershausen, weitere sind in Planung.

Der Stadtteilplan Hemelingen ist in Form einer handlichen Broschüre und zwei integrierten Straßenkarten in vielen Einrichtungen vor Ort kostenlos erhältlich.

Quelle: Pressemitteilung Ines Hillmann, edition axent, Sabine Bonjer, Projektteam „Stadtteilplan für Ältere in Hemelingen“ v. 18.1.2016

Aus dem Seniorenbeirat der Seestadt Bremerhaven

Pflegedienst betrügt!

Kaum hat das neue Jahr begonnen, kaum haben sich die Wogen um das Altenpflegeheim in Bremen-Kirchhuchting etwas geglättet, melden die Medien (RB buten un binnen v.9.1.16/Weser-Kurier v. 21.1.16) den nächsten schweren Verstoß gegen Recht und Anstand im Pflegewesen. In Bremerhaven soll die Chefin eines ambulanten Pflegedienstes in mehr als 200 Fällen gewerbsmäßigen Betrug begangen haben. Sie soll Pflegeleistungen falsch abgerechnet haben. Es geht um eine Schadenssumme von 300.000 €.

Nun gilt zwar in unserem Land erst einmal die Unschuldsvermutung, aber wenn die Staatsanwaltschaft bereits anderthalb Jahre ermittelt, wie es heißt, ist das kein gutes Zeichen. Letztlich sind die hilfsbedürftigen Menschen und ihre Angehörigen wieder die Leidtragenden.

G.Feller

Impressum

Landesseniorenvertretung
Tivoli-Hochhaus, 4.Etage, Z.14
Bahnhofsplatz 29
28195 Bremen,
Tel.: (0421) 3 61 67 69
E-Mail: Seniorenvertretung@soziales.bremen.de
www.seniorenlotse.bremen.de/senioren-vertretung

Der **DURCHBLICK** ist das Mitteilungsblatt der Seniorenvertretungen im Lande Bremen

Redaktion:
Gerd Feller (V.i.S.d.P)
E-Mail: gerd.h.feller@nord-com.net

Der **DURCHBLICK**
erscheint monatlich auch im Internet unter
www.seniorenlotse.bremen.de/senioren-vertretung/Durchblick

Redaktionsschluss: Jeweils der 15. des Monats, der dem nächsten Erscheinungstermin vorausgeht.

3. Bakım Destek Yasası CDU / CSU / SPD Bakım Reformu 2016/2017 (PSG II) Politika kararlarını güzelleştiriyor Uygulamada ilk durum

Ocak 2015 yılından itibaren, sağlık sigortası tarafından ödemeler ortalama % 4 arttırılmıştır. Aynı zamanda katkı payları artışıda yürürlüğe girmiştir. Katkı artışı bundan çıkarılır ise saçma bir rahatlama kalır. Şu anda, bakımevinde yaklaşık 1.900 € aylık ek ödeme (Kategori III) yapılmaktadır. Örneğin, II basamakta bakıma muhtaç kişi kendi evinde profesyonel bakım isterse yine de bakım firmalarının kar maksimizasyonu önem taşır hale gelir. Hatta reformdan sonra 2016/17, yüksek miktarlardaki bakım firmaları işlemlerinin gerçekten sadece gerekli bireysel performanslar ödemeler arasında. Devlet, muhtaç insanların menfaati pahasına (Bakım fonları / Landesverband - bakım işyerleri) arasındaki hiçbir bireysel bakım hizmetleri hesaplamalarına katılmıyor. Politikacılar sosyal yardım dairesinin ön harcamalar yapmasının etkisini iyi bilirler. Yetişkin çocuklar için, oldukça düşük brüt kazanç sınırı zaten önemli bir yük. Ancak bakıma muhtaç anne-babalar için gerçek korku açık düşünme ve duyguyu kaybetmektir.

2014 sonu yasa girişimi öncesi Koalisyon anlaşmaları

2015-2017 katkı payı artışı , bakım performans iyileştirmeleri ve arttırılması ve bakım fonlarının genişletilmesi, yeni bakıma muhtaç kavramı konsepti uygulanması için kullanılmaktadır. Buna, bakıcıların yeterliliklerinin arttırılışı ve daha iyi ödemeler sağlanması niyetleri eklendi. Ben, bakım dernekleri ve bakım sigortası yetkililerinin, sonuçta yasama çalışmalarında etkili olduklarından eminim. Sağlık politikası bugün ,bakımı serbest ele bırakma dönüşümünde yerel yönetimleri yetkili kılma çabasında.

Yeni bakım kavramı, yeni hizmetler ve 2017 den itibaren yükseltilen katkı payları

Bakım kavramı tamamen yeniden tanımlanıyor. Bakıma muhtaç olmayı belirleyici bağımsızlıkta azalma veya yetenek bozuklukları şunlardır: Hareketlilikte, iletişim becerilerinde, davranış ve ruh halinde, kendi ihtiyaçlarını karşılayabilmede ,hastalık veya tedavi ile ilgili gereklilikleri ve yükümlülükleri yerine getirmede ve günlük yaşam ve sosyal temasların tasarımında azalma.

Yeni bakım derecelerinin 2016 dan itibaren değerlendirilmesi:

Bakım derecesi 1: bağımsızlıkta hafif azalma
Bakım derecesi 2: bağımsızlıkta önemli azalm
Bakım derecesi 3: bağımsızlıkta ağır şekilde azalma
Bakım derecesi 4 : bağımsızlıkta çok ağır şekilde azalma
Bakım derecesi 5: bakımında özel ihtiyaçları olan ağır düşkünlük.

(31.12.2016 tarihine kadar) bakım basamağı almış olanlar, 1.1.2017 de yeni bir rapora ve dilekçeye ihtiyaç olmadan bakım basamağı alacaktır.

Düzenlemede aşağıdaki kurallar vardır:

Sınırlı gündelik becerileri olmadan Bakım basamağı I den bakım derecesi 2 ye, bakım basamağı II den bakım derecesi 3 e, bakım basamağı III den bakım derecesi 4 e.

Aynı anda sınırlı gündelik becerileri ile bakım basamağı olmadan = bakım derecesi 2 ye, bakım basamağı I = bakım derecesi 3 e, bakım basamağı II = bakım derecesi 4 e, bakım basamağı III ağır veya ağır olmayan durumlar = bakım derecesi 5 e.

Ambulant bakım hizmeti (bakım firmaları tarafından)
bakım derecesi 2= 689 €
bakım derecesi 3= 1.298 €
bakım derecesi 4 = 1.612 €
bakım derecesi 5 = 1.995 €

Aile fertleri veya şahıslar tarafından bakımın yapılması halinde bakım parası .
bakım derecesi 2= 316 €
bakım derecesi 3= 545 €
bakım derecesi 4 = 728 €
bakım derecesi 5 = 901 €

Yatarak bakımda ödemeler
bakım derecesi 2= 770 €
bakım derecesi 3= 1.262 €
bakım derecesi 4 = 1.775 €
bakım derecesi 5 = 2.005 €.

gece bakımı gündüz bakımı, geçici bakım hizmetleri diğer düzenlemeler burada ele alınmayacaktır.

Bakım Sigortası Kanunu uyarınca ,bütün işçiler,serbest çalışanlar devlet memurları için katkı : (yani işverenin yasal katkısının 50% .Kalan 50 % işveren tarafından ödenir aynı şekilde memurlar için = 1,175,%)

2015 den itibaren yarı bölümü **=** 1,175%
2017 den itibaren yarı bölümü = 1,275 %
Çocuksuz + 0,2%

Emekliler için katkı payı (Emeklilik kurumudan sübvansiyon olmadan)
2015 den itibaren = 2.35%
2017 den itibaren = 2.55%

Gerçekten "İkinci Destek Yasası"nda bakıma muhtaç kişiler için kayda değer bir gelişme var mı? İki gerçek bir örnek burada incelenecektir.

1. Kendi aile çevresinde kalıp eski bakım basamağı II de olan ihtiyaç sahibleri için mali etkisi nedir. (Bakım seviyesi III olan muhtaç yaşlıların bakımları genel olarak yataklı tesislerde sağlanır çünki bakım harcamaları örgütsel ve mali yönden pek mümkün değildir).

(Devami sayfa 10)

(Sayfa devami 9)

Sonuç: Ambulant bakım için şu anda geçerli ücret düzenlemeleri eyalet bakım sigortaları ve ambulant bakım firmaları birlikleri tarafından yapılmaktadır. Bu tek ödeme hesaplamaları genellikle yılda bir müzakere edilmektedir. Burada SGB XI yasal hükümlerin finansal ödemeler ile alakası yoktur.

2017 den itibaren sonuç: Kendi aile ortamında bakım temini için bireysel hizmetlerin minimum düzeyi, (eski: Bakım basamağı II = yeni bakım derecesi 3) bakım firması tarafından bakıldığında 2.200.€ bakım maliyetinin 1298 € luk kısmı bakım sigortası fonundan karşılanacak yaklaşık 900 € ihtiyaç sahibleri kendi ceplerinden ödeyecek (kira, yan ödemeler, ayrıca geçim masraflarıda buna ek). Bakım reformundan bir gelişme beklenilmemektedir.

2. Bakıma muhtaç kişinin bakımevinde bakılması halinde (eski basamak 3 =yeni bakım derecesi 4) mali katkısı ne olacak ? Alman Bakım Konseyi'ne göre şu anda (2015) ortalama kalitede bir tesiste:
Ayda 2.170 € bakım maliyeti.
Aylık konaklama ve yeme içme 610 €
Yatırım ek ödemesi 320 €
Aylık TOPLAM 3100 € . 2016/2017 artan bakım oranları hariç.

2017 den itibaren 1.775€ Bakım Sigortası finansal performansından karşılanabilir. Bakım oranlarında bir artış ile ayda 1350 € - 1370 € arasında kendi katılımı olacaktr. Bakımevinde personel oranı artar ise, daha da yüksek katılıma neden olabilir.

Sonuç

Memnuniyet verici yeni düzenlemeler aile içi bakımın geliştirilmesi demans seviyesi 0. olan insanlar için bakım ve yeni finansal hizmetler var. Kanun koyucunun niyetinin gerçek olup olmayacağı , bakıcılar için bürokrasiyi azaltmak ve yılda 1 milyar Euro ile yardım sağlaması sorusu teredütlüdür. Bakımevlerinde daha çok yer ve daha fazla bakıcı gerçeği de ayni şekilde tereddütlüdür. Bakıma ihtiyacı olanlar için her durumda gelecek yıllarda yeni reform ilkeleri uygulamaları planlanabilir. Iki örnekte anlatılan katılım payları önümüzdeki birkaç yıl içinde kesinlikle daha düşük olmasından ziyade daha yüksek olacak .

(CDU/CSU/SPD Pflegereform 2016/2017 im Pflegestärkungsgesetz, DURCHBLICK 190, S.3-5)

G. Steffen

Bremen'de Sparkasse şube kapanışı Görüşmeler devam etmeli

Bu konu hala masada. Bremen ilçelerinde planlanan şube kapanışları ile ilgili bilgiler çoğalınca Bremen Yaşlılar Temsilciliği bir mektupla 30.07.15 tarihinde Sparkasse ile temasa geçti (içerik bkz. Durchblick No.189, s.4 / 5). Sparkasse 01.09.15 de nazik bir şekilde bize ayrıntılı yanıt verdi. Bu yıl şubeler ile ilgili bir değişiklik planlanmadığı fakat " 2020 yılına kadar dikkatle ve özenle değişiklik olacağı " müşteri talebindeki değişiklikler , danışmanlık anlamında ve şube müşteri ilişkilerinde modernizasyonlar ,şube yapısında da " vakit vakit " değişiklik olacağı vurgulandı. Müşteri talebindeki değişiklikler önemlidir. Son anketler şube müşteri ilişkilerinde "merkezi bağlantı noktası" artık olmadığını ortaya koymuştur. Zaten, ankete katılanların "% 70'i çoklu diğer işlem kanallarını "kullanıyor.Son söz "dijitalleştirmek ". Sparkassenin şuanda 57 şube, 24 saat hizmetli SB şubesi yani 143 vezne terminalleri mevcut. Mali işlemlerin teknik olarak yürütülmesinde zorluk çeken yaşlılara özellikle anlayış göstererek, imkanlar sunuluyor.Sparkasse huzurevlerinde yaşayan müşterileri için,ziyaret edip parasal konuları dışarı çıkmadan halledebilmeleri için düşük maliyetli bir üst düzey hizmeti kurmuştur. Sparkassenin yaşlı müşterilerini düşünmesi tabiki sevindirici, ancak konuşulması gereken üç soru daha var. Yaşlı insanların sayısı artıyor ve deneyim gösteriyor ki yaş nedeniyle birçok kişinin teknik kullanma kabiliyeti de aynı şekilde azalıyor. Otomatik listesi ile self-servis dallarının kullanımı yaşlılar için zor olarak kalacaktır. Özellikle makine teknolojisinin çalışmaması, programların değişmiş olması yada genel çalışmada hatalar yapıldığında, sadece bir adım yanlış olsada, işlemlerin bozulması, özellikle ikincisi, sorun yaratıyor. O zaman da hiçbir uzman yardımcı olmadığı için stres başlıyor. Otamat siteleri teklifi de problemler ortaya çıkarır eğer, örneğin, sadece para çekmek dışında başka işlemler yapmak istiyorsa, havale veya banka dekontları almak gibi. Bazı transferler, örneğin, tasarruf hesabına, kendi ya da yabancı bir banka hesabına para yatırma mümkün değildir. Bu tür müşteri hizmetleri için, personelli şubeye ihtiyaç vardır. Sparkasse´den para çekilebilmesi vaya veya diğer finansal işlemlerin yapılabilmesi için ortalama üç kilometrede bir şube olduğu belirtildi. Özelliklede yürümekte zorluk çeken yaşlılar veya motorlu taşıt kullanamayanlar için vaya hatta kötü ulaşım yerlerinde bulunanlar için bu 3 kilometre ayrı bir sorun olabilir. Şube kapanışlarının ortalama uzaklık artmasına yol açmasıda beklenmektedir. Düşük gelirli emekliler için Sparkasse ziyareti ek maliyetlere sebep olacak. Sparkasse'nin tasarruf ve iş çıkarları ile artan yaşlı müşterilerin çıkarları mutabakatı için daha müzakere edilmesine ihtiyaç vardır. Sparkasse konuşmaya istekli görünüyor. Çalışma gruplarının oluşturulmasından sonra, konu tekrar ele alınacaktır.

G. Feller

(Filialschließungen der Sparkasse in Bremen, DURCHBLICK 190, S.8)

Tercüme: Dipl.jur. Feride Abdeljalil
Editör: Zeynep Sümer
(Mit Unterstützung der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport, Referat Integration)